



Liebe Leserinnen und Leser,

nun ist es also endlich soweit: die Koalition aus CDU/CSU und SPD kann mit der Arbeit beginnen. Am letzten Sonntag haben die SPD-Mitglieder - deutlicher als von vielen angenommen - für den Koalitionsvertrag und damit eine Neuauflage der Großen Koalition votiert. Darüber bin ich zunächst einmal froh. Allerdings bin ich mir auch darüber im Klaren, dass die nächsten vier Jahre nicht einfach werden. Sowohl Union als auch SPD müssen und werden versuchen, ihr Profil in dieser Regierung zu schärfen. Dies wird notwendigerweise auch in der Tagespolitik zu vermehrten Diskussionen führen. Und dennoch bin ich der Überzeugung, dass es keine Alternative dazu gab, als größte Partei im Deutschen Bundestag Verantwortung zu übernehmen - nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa und die Welt. Deutschland ist heute ein international wichtiger Partner. Auch deshalb muss uns allen an einer stabilen Regierung gelegen sein. Angela Merkel steht für einen Kurs der Verlässlichkeit. Deshalb sind dieser Tage viele froh, auch zukünftig einen kraftvollen Partner in der Mitte Europas zu wissen. Nachdem seit der Wahl schon einige Monate ins Land gegangen sind gilt es nun, die Regierungsarbeit umso engagierter anzutreten. Die Minister sind benannt.

Die Staatssekretäre werden zeitnah folgen. Jetzt sollten wir den Koalitionsvertrag angehen und die vielen guten Themen, die dort verankert sind, auch zügig umsetzen. Dies sind wir den Wählerinnen und Wählern schuldig. Es geht um nichts weniger als eine Erneuerung Deutschlands in einem gemeinsamen Europa. Dabei sollten wir uns von den Gedanken Effizienz, Nachhaltigkeit und dem Thema Teilhabe im Sinne einer Hilfe, die ankommt, leiten lassen. Das sind Werte, die der konservativere Teil der Bürgerinnen und Bürgern und unserer Wählerschaft mit Interesse aufnehmen sollten. Ich sage ich Ihnen zu, mich auch weiterhin mit aller Kraft für die Verwirklichung einer verantwortungsvollen Politik für die Menschen einzusetzen.

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

## Regierungserklärung der Bundeskanzlerin im Vorfeld der informellen Tagung der Staats- und Regierungschefs der EU

**Berlin/Brüssel** – "Ich will ein handlungsfähiges, ein solidarisches, ein selbstbewusstes Europa", sagte die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung vor dem informellen Europäischen Rat in Brüssel am 23. Februar. Dabei äußerte sie sich zu den Prioritäten europäischer Politik: Migration, Wirtschaft und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Europa stehe politisch und wirtschaftlich weltweit unter Druck - Kriege und Konflikte fänden nur wenige Flugstunden entfernt statt, europäische Unternehmen seien "nicht mehr in allen Bereichen an der Weltspitze", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Um Schritt zu halten, "brauchen wir mehr denn je europäische Antworten auf die drängenden großen Fragen unserer Zeit". In diesem Geist werde man im Kreis der 27 EU-Mitgliedstaaten - ohne Großbritannien - beim Informellen Europäischen Rat am Freitag in Brüssel die Debatte über Europas Zukunft führen.

### Zukunft Europas an erster Stelle im Koalitionsvertrag

Deshalb sei es "alles andere als ein Zufall", dass das erste Kapitel des neuen Koalitionsvertrages Europa gewidmet sei. Dies sei "unsere nationale Antwort auf die europäische Agenda." Prominenter habe Europa bisher in keinem Koalitionsvertrag gestanden. Denn Deutschland könne es auf Dauer nur gutgehen, wenn es auch Europa gutgehe. Bei dem notwendigen "neuen Aufbruch für Europa" seien drei Bereiche besonders wichtig: Migration, Wirtschaft und gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Beim Thema Migration steht für die Bundeskanzlerin im Mittelpunkt, weiterhin konsequent

an den Fluchtursachen anzusetzen. Der Kampf gegen Fluchtursachen müsse gleichzeitig immer der Kampf für Lebensperspektiven in oder nahe der Heimat sein. Zu den Verhandlungen über ein gemeinsames europäisches Asylsystem sagte die Kanzlerin, dass dieses krisenfest und solidarisch sein müsse, gerade bei der Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU.

### EU Finanzen auf den Prüfstand

Beim informellen Europäischen Rat war es auch um den künftigen EU-Finanzrahmen ab 2021 - erstmals ohne den britischen Finanzbeitrag - gegangen. Hierbei sieht die Kanzlerin auch eine Chance, die EU-Finanzen insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. "Wir müssen den Blick für das Wesentliche schärfen", betonte die Kanzlerin. "Ich will ein handlungsfähiges, ein solidarisches, ein selbstbewusstes Europa. Wir müssen bereit sein, Europa da zu stärken, wo europäische Lösungen besser sind als nationale und regionale." Ein Beispiel sei der Aufbau eines europäischen Grenz- und Küstenschutzes. Die Grenzschutzagentur Frontex müsse mit mehr Personal ausgestattet werden. Bei der Verteilung der Strukturfonds-Mittel müssten "die Verteilungskriterien künftig auch das Engagement vieler Regionen und Kommunen bei der Aufnahme und Integration von Migranten widerspiegeln". Weniger entwickelte Mitgliedstaaten bräuchten Unterstützung. Zugleich sollten die EU-Strukturfonds weiterhin allen Regionen zukommen. Diese Solidarität sei keine Einbahnstraße. Zur Verantwortung der Mitgliedstaaten gehöre selbstverständlich auch "die Wahrung unserer gemeinsamen europäischen Werte".



### Steinbeisschule zu Gast im Bundestag

**Berlin** – Vorvergangene Woche war eine Klasse des Technischen Berufskollegs der Steinbeisschule im Stuttgarter Norden in Berlin zu Gast. Wie immer sehr interessiert und fragefreudig. Danke! Hat Spaß gemacht!



### Kreismitgliederversammlung der CDU Stuttgart mit Wahnachlese und Themenschwerpunkt Wohnen

**Stuttgart** – Gleich zwei große Themenblöcke wurden in der von mir geleiteten Kreismitgliederversammlung vorvergangenen Samstag bearbeitet. Zum einen hat Prof. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft einen hervorragenden Beitrag mit dem Titel "Alternde Republik, verkalkte Politik - wie bleibt die CDU lebendig?" zur Wahnachlese der vergangenen Bundestagswahl und zur Zukunft der CDU beigesteuert. In der anschließenden Diskussion wurde auch der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD intensiv und kontrovers diskutiert. Der zweite Teil der Veranstaltung be-

schäftigte sich mit dem Thema Wohnen in Stuttgart. In einem Impulsreferat hat Samir Sidgi, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft zum Thema „Preis- und lebenswertes Wohnen – soziale Quartiersentwicklung und Wachstum durch Neubau bei knappem Bauland“ referiert. Anschließend hat die Mitgliederversammlung ein Thesenpapier „Wohnen in Stuttgart“ diskutiert und verabschiedet. Es bildet eine gute Grundlage für die Diskussion zum anstehenden Kommunalwahlprogramm.



### Bundesparteitag der CDU - Union setzt klares Signal für Regierung

**Berlin** – Nachdem die CSU bereits am 8. Februar zugestimmt hatte, hat vergangenen Montag auch der CDU-Bundesparteitag mit einer großen Mehrheit bei nur 27 Gegenstimmen ein klares Ja zum Koalitionsvertrag abgegeben. Die Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen Generalsekretärin der CDU Deutschlands ist ebenfalls ein starkes Signal für die Zukunft der Volkspartei CDU. Wir danken unserem Kollegen Peter Tauber für seinen Dienst in den vergangenen vier Jahren als Generalsekretär und wünschen Annegret Kramp-Karrenbauer für ihre neue Aufgabe alles Gute und viel Erfolg. Mit der Zustimmung von CDU und CSU zum Koalitionsvertrag haben wir unsere Beiträge für die Bildung einer stabilen Regierung für unser Land geleistet. In

der Welt, die sich durch die Digitalisierung sowie die europa- und außenpolitischen Herausforderungen immer schneller verändert, ist es dringend nötig, dass wir unsere Antworten jetzt in praktische Politik umsetzen können. Wir stehen für Sicherheit, Zusammenhalt und Europa. Wann immer die Union die Bundesregierung führte, waren die Perspektiven für unser Land gut und der wirtschaftliche Erfolg gesichert. In den letzten drei Legislaturperioden haben wir bewiesen, dass Deutschland, seine Bürger, seine Unternehmen, seine Vereine, Wissenschaft und Kultur viel leisten können. Wir wollen mit Angela Merkel als Bundeskanzlerin den Weg der behutsamen Erneuerung und des wirtschaftlichen Erfolgs weitergehen. Dort, wo noch Defizite bestehen oder die Bürger sich sorgen, etwa im Bereich der Digitalisierung oder bei der Handlungsfähigkeit des Staates, werden wir kraftvoll ansetzen und Deutschland voranbringen. Unser Land ist ein Land der Chancen und der Ideen. Wir werden dieses Potential, um das uns die Welt beneidet, erhalten und ausbauen. Auch ich selbst habe gemeinsam mit den anderen Delegierten aus Stuttgart für den Koalitionsvertrag gestimmt, nachdem wir uns auf der Kreismitgliederversammlung am vorvergangenen Samstag in einem durchaus kritischen Positionspapier für den Koalitionsvertrag ausgesprochen haben. Der Kreispartei ist aber auch im Hinblick auf das schlechte Abschneiden der Union bei der Bundestagswahl wichtig, unser bürgerliches Profil wieder zu schärfen.



### Zu Gast bei Michel Friedman

**Berlin** – Am 25. Februar war ich im Studio Friedman zu Gast - zum Thema "Merkels Groko - Politik für die Zukunft oder einfach nur 'Weiter so'?" Eine wie erwartet muntere Diskussion mit dem Kollegen Matthias W. Birkwald von den LINKEN. Leider ging es mehr um die Vergangenheit als um die Zukunft.



## Bundestagsrede zum Thema BAföG - Ausbildungsförderung wird auch in dieser Wahlperiode weiter ausgebaut

**Berlin** – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert in einem Antrag „BAföG sichern und ausbauen“ Erhöhungen der Förder- und Freibetragsätze um 10 Prozent beim Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Wenn es nach ihrem Willen geht, sollen in Zukunft die BAföG-Sätze zudem automatisch angepasst werden. Im Weiteren wird gefordert, der Deutsche Bundestag müsse sich zu einem Ausbau des BAföG bekennen.

In meiner Rede habe ich deutlich gemacht, dass sich die Unionsfraktion klar zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung bekennt. Dies lässt sich bereits in den Wahlprogrammen von CDU und CSU erkennen. Spätestens seit dem Abschluss der Sondierungsgespräche zwischen Union und SPD war klar, dass in der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestags eine BAföG-Reform vorgenommen wird. Insofern ist der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und die Aufforderung zu einem „zügigen Bekenntnis“ nicht erforderlich. Ich habe auch die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Ziele einer Weiterentwicklung des BAföG dargelegt. Hierfür sind bereits zusätzliche Aufwendungen in Höhe von einer Mrd. Euro im Zeitraum 2018 bis 2021 vorgesehen.

Die Behauptung von Bündnis 90/Die Grünen, der Deutsche Bundestag

würde zu wenig beim BAföG tun, ist falsch. Bereits in der 18. Wahlperiode hat die Große Koalition mit der 25. BAföG-Novelle wesentliche Weichenstellungen beim BAföG vorgenommen und auch die Leistungen spürbar verbessert. So wurde zum 1. August 2016 der Anstieg der Bedarfssätze und Einkommensfreibeträge jeweils um sieben Prozent auf den Weg gebracht. Beschlossen wurden auch Verbesserungen u.a. beim Kinderbetreuungszuschlag für Auszubildende und bei der Internationalität der BAföG-Förderung.



## Fahrverbote in Stuttgart sind angesichts immer besser werdender Schadstoffwerte unverhältnismäßig

**Leipzig/Stuttgart** - Vergangene Woche hat das Bundesverwaltungsgericht Fahrverbote für grundsätzlich möglich erklärt. Laut Urteil ist aber sicherzustellen, „dass der auch im Unionsrecht verankerte Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt. Insofern ist hinsichtlich der Umweltzone Stuttgart eine phasenweise Einführung von Verkehrsverboten, die in einer ersten Stufe nur ältere Fahrzeuge (etwa bis zur Abgasnorm Euro 4) betrifft, zu prüfen. Zur Herstellung der Verhältnismäßigkeit dürfen Euro-5-Fahrzeuge jedenfalls nicht vor dem 1. September 2019 (mithin also vier Jahre nach Einführung der Abgasnorm Euro 6) mit Verkehrsverboten belegt werden. Darüber hinaus bedarf es hinreichender Ausnahmen, z.B. für Handwerker oder bestimmte Anwohnergruppen.“ Aus meiner Sicht ist bei den nun zu treffenden Maßnahmen im

Zusammenhang mit dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz auch zu berücksichtigen, dass vergangenes Jahr erstmals der Stunden-grenzwert für Stickoxid an der Messstelle „Am Neckartor“ eingehalten wurde: Es wurden lediglich drei NO<sub>2</sub>-Überschreitungsstunden gemessen. Im Jahr 2016 gab es insgesamt 35, 2015 noch 61 Überschreitungsstunden. Der Grenzwert liegt bei 18 Stunden pro Jahr bei einem Grenzwert von 200 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Verbesserungen gibt es auch beim kritischen NO<sub>2</sub>-Jahresmittelwert: Dieser betrug am Neckartor 73 Mikrogramm und liegt damit deutlich unter dem Wert aus 2016 von 82 Mikrogramm beziehungsweise 2015 mit 87 Mikrogramm. Die Verbesserungen wurden wie beim Feinstaub ohne Fahrverbote erreicht. Auch in Zukunft sollte alles unternommen werden, diese zu verhindern.



Schülerinnen und Schüler des Eberhard-Ludwig-Gymnasiums zu Gast in Berlin

**Stuttgart** – Vergangene Woche waren die Schüler der KS 1 des Eberhard-Ludwig-Gymnasiums aus Stuttgart zu Gast! Eine spannende Diskussion mit vielen aktuellen Fragen u.a. zur Regierungsbildung in Berlin und zu Diesel-Fahrverboten sowie deren möglichen Auswirkungen auf Stuttgart, aber auch zu meiner Parteizugehörigkeit oder zum Verteidigungsetat.



Treffen mit Doktoranden-Netzwerk n2

**Berlin** - Am Freitag habe ich im Bundestag Vertreter des Vorstands des Doktoranden-Netzwerks n2 der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft getroffen und mit ihnen über die Rahmenbedingungen für Promovierende gesprochen. Unser gemeinsames Ziel ist es, den Forschungs- und Wissenschaftsstandort Deutschland noch attraktiver zu machen. N2 hat sich letztes Jahr gegründet und vertritt etwa 14.000 Doktorandinnen und Doktoranden.